



2016/43 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2016/43/frau-sein-duerfen>

Frau sein dürfen

<none>

Es könnte ein Symbol für mehr Toleranz und Gleichberechtigung werden, wenn am 14. Mai 2017 bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen mit Nyke Slawik die erste Transfrau in einen Landtag einziehen sollte. Slawik wurde auf den 29. Listenplatz der Grünen gewählt. Damit ist ihr Einzug zwar nicht sicher, aber durchaus möglich; derzeit haben die Grünen genau 29 Sitze. Die 22jährige begann 2009, sich für Politik zu interessieren, als CDU und FDP verlängerte Laufzeiten für Atomkraftwerke beschlossen. Slawik ging zur Grünen Jugend NRW, deren politische Geschäftsführerin sie dieses Jahr wurde, seit 2013 ist sie auch Parteimitglied bei Bündnis 90/Die Grünen. Die bei ihrer Geburt als Junge identifizierte Slawik wuchs in Leverkusen auf. Mit 13 sprach sie zum ersten Mal mit Freunden darüber, dass sie sich nicht wie ein Junge fühle. Sie erntete verstörte Reaktionen. Deswegen behielt sie erst einmal für sich, dass sie sich schon immer mehr als Mädchen gefühlt hatte. Um ihren 17. Geburtstag herum ging es für sie aber nicht mehr anders. Allerdings dauerte es Jahre, bis sie offiziell kein Mann mehr war. Rechtliche, medizinische und psychologische Gutachten folgten, bis sie endlich das sein konnte, was sie sein will: eine Frau.

In ihrem Leben seien Vorbilder immer rar gewesen, erzählt Slawik. Dass die Transfrau Laverne Cox in der Serie »Orange Is the New Black« mitspielt, sei für sie »ein historischer Moment« gewesen. »Ich glaube, dass die Trans-Community eine Stimme in der Politik verdient hat«, sagt Slawik. Derzeit studiert und lebt sie in Düsseldorf. In ihrer Parteitätigkeit befasst sie sich mit Gender-Themen – so fordert sie etwa Aufklärungs- und Antidiskriminierungsmaßnahmen in den Lehrplänen – und auch mit Umwelt- sowie vor allem EU-Politik. Unter anderem absolvierte sie ein Praktikum in Brüssel. Wenn sie 2017 in den nordrhein-westfälischen Landtag einziehen sollte, will sie zusammen mit ihrer Partei »sexuelle und geschlechtliche Vielfalt nach dem Vorbild anderer Bundesländer in den Lehrplänen verankern, um Diskriminierung vorzubeugen und die Aufklärung weiter voranzutreiben«.